

Zum Umgang der Medien mit dem Rechtspopulismus

Hintergründe, Herausforderungen und Handlungsempfehlungen.
Von Benjamin Krämer und Johanna Schindler

Abstract Angesichts des Aufkommens des Rechtspopulismus wird den Medien nachgesagt, zu seinem Aufstieg beigetragen zu haben. Diese Unterstellung bedarf einer genauen Analyse. Anhand von drei Thesen wird gezeigt, welchen Dilemmata die Medien im Umgang mit Rechtspopulismus begegnen. Diese Dilemmata entstehen nicht nur durch paradoxe Argumentationslinien der Populisten, sondern auch durch die eigenen Normen und Logiken des Journalismus. Diese sind häufig nicht spezifisch genug, um mit den Herausforderungen des Rechtspopulismus umzugehen. Auf eine genaue Analyse dieser Problematik folgen konkrete Handlungsempfehlungen, wie die Medien einen Diskurs führen könnten, der auf diese Herausforderungen angemessen reagiert.

Mit dem Rechtspopulismus ist eine Ideologie aufkommen, die politische, mediale und andere Eliten herausfordert, indem sie ihnen vorwirft, nicht mehr das Volk und seine Interessen zu vertreten. Definiert wird dieses Volk dabei ethnisch und kulturell in Abgrenzung zu Zugewanderten und Minderheiten, welche begünstigt durch die Eliten seine traditionelle Lebensweise bedrohen sollen. Dabei wird den Medien häufiger nachgesagt, zum Aufstieg des Rechtspopulismus beigetragen haben. Dieser Vorwurf bedarf einer tieferen Analyse, die hier in drei Schritten geleitet von drei Thesen vorgenommen wird: Ausgangspunkt der Analyse sind zunächst die unterschiedlichen Ebenen, auf denen Medien zum Rechtspopulismus beitragen können. Sie bergen Herausforderungen für den Journalismus, auf Grundlage seiner Normen sinnvoll mit dem Rechtspopulismus umzugehen. Ausgehend hiervon lassen sich schließlich entsprechende normative Handlungsempfehlungen formulieren.

Dr. Benjamin Krämer ist Akademischer Rat a. Z. am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Johanna Schindler, M.A., ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München.

1. In der Diskussion wird der Beitrag der Medien zum Aufstieg des Rechtspopulismus unterschiedlich bewertet, weil Ebenenunterscheidungen nicht getroffen werden.

Werden die verschiedenen Ebenen, auf welchen Medien Rechtspopulismus begünstigen können, nicht differenziert und im Zusammenhang betrachtet, kommt man zu Fehleinschätzungen oder redet aneinander vorbei. Im Folgenden werden deshalb verschiedene Ebenen des möglichen Medieneinflusses auf rechtspopulistische Entwicklungen aufgezeigt (vgl. auch Krämer 2017).

Direkte und indirekte Bewertung: Betrachtet man zunächst die Ebene der expliziten oder impliziten Wertungen rechtspopulistischer Akteure und ihrer Politik in den Medien, so muss man diesen Akteuren sogar zustimmen, dass ein größerer Teil des Qualitätsjournalismus in westlichen Ländern sie negativ bewertet. Es gibt aber auch Länder, in denen rechtspopulistische Akteure von einigen Medien – anders als in Deutschland – ein-

deutig positiv bewertet werden (z. B. zum Vergleich mit Österreich vgl. Art 2007). Die explizit oder implizit kritische Haltung gegenüber rechtspopulistischen Akteuren bedeutet allerdings nicht, dass Medien z. B. in Deutschland keine annähernd oder eindeu-

Die verstärkte Diskussion über Zuwanderung schafft diskursive Gelegenheitsstrukturen für rechtspopulistische Wahlerfolge.

tig rechtspopulistischen Positionen befürworten würden. Dieser „Medienpopulismus“ (Krämer 2014) kann die Themen und Deutungen für den im engeren Sinne politischen Populismus setzen, aber diesen womöglich auch – zumindest zeitweilig – ersetzen und klein halten.

Aufmerksamkeit: Viel diskutiert wurde nach rechtspopulistischen Wahlerfolgen darüber, ob die Medien den entsprechenden Parteien einen Vorteil verschafft hätten, indem sie bestimmten Themen große Aufmerksamkeit zukommen ließen. Dies beruht auf folgenden plausiblen und miteinander zusammenhängenden Thesen – auch wenn diese alleine Wahlverhalten sicher nicht ausreichend erklären können: Parteien *besitzen* demnach etablierte Themen bzw. haben diese *besetzt* (*issue ownership*) und werden aufgrund ihrer zugeschriebenen thematischen Kompetenzen gewählt. Die mediale Betonung dieser Themen führt dazu, dass Parteien und Kandidat_innen verstärkt mit Blick auf diese beurteilt werden. Davon profitieren diejenigen, die mit

diesen Themen assoziiert werden bzw. denen die höchste Kompetenz dazu zugeschrieben wird oder deren Position zu diesen Themen man am ehesten teilt. So schafft z.B. die verstärkte Diskussion über Zuwanderung eine diskursive Gelegenheitsstruktur (vgl. Koopmans/ Muis 2009) für rechtspopulistische Wahlerfolge. Zusätzlich müssen natürlich die entsprechenden Parteien, Programme und Kandidaturen eine ausreichende Aufmerksamkeit erhalten und als *Alternative* mit ausreichend realistischen Erfolgchancen erscheinen. Dazu tragen die Medien mit ihren Selektionsentscheidungen bei. Freilich müssen solche Erklärungen aber in eine Vielfalt an möglichen individuellen und strukturellen Einflüssen auf Wahlentscheidungen eingeordnet werden.

Bausteine für Weltbilder und (vermeintliche) Evidenz: Selbst wenn man vielen Medienorganen eine relative ideologische Distanz zum Rechtspopulismus unterstellen darf, können sie trotzdem ideologische Bausteine liefern oder verbreiten und (vermeintliche) anekdotische Evidenz für das rechtspopulistische Weltbild bereitstellen. So finden sich Anekdoten von angeblich umbenannten Weihnachtsmärkten und dem Verzicht auf Schweinefleisch in Kantinen nicht ausschließlich und nicht unbedingt zuerst in rechtspopulistischen Nischenmedien, sondern in etablierten journalistischen Organen. Und auch dort findet sich ihre Interpretation als Zeichen einer schleichenden „Islamisierung“ ebenso wie andere Gesellschaftsdiagnosen wie die des „Genderwahns“, der „Diktatur der politischen Korrektheit“ usw.. Dass Journalist_innen die Herkunft von Straftätern entgegen entsprechender Regeln der Medienselbstkontrolle und ohne sachlichen Zusammenhang mit dem Geschehen immer wieder nennen, kann von entsprechend eingestellten Personen als Beleg genommen werden, dass eben doch ein Zusammenhang zwischen dem ethnischen Hintergrund und kriminellem Verhalten vorhanden sein muss und dass die Medien nun offenlegen müssen, was sie bislang unberechtigterweise verschwiegen haben.

Medien können allein dadurch, dass sie rechtspopulistische Standpunkte darstellen, diese Positionen stärken.

Framing: Hinzu kommt eine subtilere Ebene journalistischer Kommentierung: diejenige der Realitätskonstruktion und insbesondere der Problemkonstruktionen (des *Framings*). Mediale Darstellung realer Probleme und Phänomene kann einem rechtspopulistischen Weltbild näher oder ferner stehen und es

so mehr oder weniger nähren. So können Medien allein dadurch, dass sie rechtspopulistische Standpunkte als eine von zwei Seite einer politischen Kontroverse darstellen, diese Positionen stärken. Wenn die Frage z. B. vereinfacht gesagt „für oder gegen Zuwanderung?“ lautet, werden rechtspopulistische Parteien als alleinige Vertretung eines ganzen Lagers erscheinen und so als viel bedeutender wahrgenommen, als wenn sie z. B. zur Frage Stellung nehmen müssen, wie bestimmte Probleme der Unterbringung, Bildungsbeteiligung usw. von Zugewanderten konkret gelöst werden sollen. Wenn der Journalismus hingegen z. B. die Diskussion zu der Frage „Gehört der Islam zu Deutschland?“ aufgreift oder gar weitertreibt, und dem kein anderes Framing von Zuwanderung und Pluralität der Lebensweisen zur Seite stellt, so bestärkt er die Sinnhaftigkeit der zugrunde liegenden Problemdefinition. Zwar können sich Medienakteure dann mehr oder weniger darauf zurückziehen, nur bereits bestehende Setzungen anderer Akteure weiterzutragen, aber diese Praxis ist weder konsequenz- noch alternativlos. Selbst diejenigen, welche die Frage nach der Zugehörigkeit des Islam positiv beantworten,

erkennen damit letztlich an, dass es politisch (und nicht nur z. B. aus kulturhistorisch-beschreibender Sicht) relevant oder sogar unumgänglich ist, eine Nation über religiös-kulturelle Traditionen zu definieren. Die Deutungsfolie ist dann eine scheinbar organische

Die Berichterstattung nimmt meist implizit die Perspektive der alteingesessenen Mehrheitsgesellschaft an.

Zusammengehörigkeit aller Elemente einer Nation – und nicht eine Nation mit vielfältigen Angehörigen und gesellschaftlichen Aktivitätsbereichen, die bei größtmöglicher Freiheit auf der Grundlage gerechter abstrakter Normen koexistieren und sich zueinander verhalten sollen und können. Die erwähnte Frage wird damit nicht der Komplexität sozialer Realität gerecht und kategorisiert Menschen v. a. als Muslime und Nicht-Muslime statt z. B. (auch) als Arbeiter_innen, Väter, Mitglieder einer Vereinigung zum Bau einer Gebetsstätte, Träger_innen von Kaufkraft oder Patienten. Sie ordnet insbesondere Zugewanderte nicht mit Blick auf alle Ressourcen und Problemlagen ein, die mit ihrer Situation zusammenhängen.

Perspektive: Auf noch abstrakterer Ebene nimmt Berichterstattung meist implizit die Perspektive der alteingesessenen Mehrheitsgesellschaft an: setzt auf der einen Seite deren Wissen voraus und hält auf der anderen Seite die Vorstellungen und Deutungen anderer für erklärungsbedürftig. Das heißt,

Berichterstatter_innen wählen und analysieren Sachverhalte mit Blick auf die Betroffenheit jener Mehrheitsgesellschaft. Da insbesondere die deutsche Mehrheitsgesellschaft sich eher nicht als multiethnisch oder anderweitig kulturell differenziert versteht, bleibt es aber weitgehend unreflektiert, dass praktisch alle etablierten Medien wie Zielgruppenpublikationen für eine ethnische Gruppe berichten (vgl. Fleras 2016). Das mag man Zielgruppenorientierung nennen, aber es konstituiert letztlich einen Diskurs, in dem die scheinbar typischen Staatsbürger_innen diskutieren, wie sie politisch über andere verfügen sollen: Was *wir* mit *denen* tun sollen (den Ausländern, den Frauen mit Kopftuch, auch den Schwulen, mit Ostdeutschland, mit dem verschuldeten Griechenland usw.). Damit arbeiten der Ethnozentrismus und simple Nationalismus der medialen Realitätskonstruktion den Unterscheidungen des Rechtspopulismus zwischen uns – dem *wahren*, angestammten Volk – und *denen* – den Fremden und nicht zu uns Passenden – zumindest nicht entgegen.

Für eine normative Schlussfolgerung ist entscheidend, welche Art von Diskurs durch mediale Berichterstattung konstituiert wird und werden sollte.

Will man aus den vorstehenden Überlegungen nun normative Schlussfolgerungen ziehen, so können diese nicht einfach auf die Frage reduziert werden, ob Berichterstattung rechtspopulistischen Personen und Gruppierungen nützt oder schadet. Entscheidend ist, welche Art von Diskurs durch mediale Berichterstattung konstituiert wird und werden sollte. Es wird deutlich, dass ein nativistisches Weltbild und eine unangemessene ethnozentrische Berichterstattung gewissen Normen des vernünftigen Diskurses (z. B. nach Habermas'schen Prinzipien) nicht genügen können. Inwieweit ein gerechtfertigter Diskurs rund um den Rechtspopulismus entlang gängiger journalistischer Normen konstituiert werden kann, soll im Folgenden Gegenstand der Erörterung sein.

2. Journalistische Normen und Routinen sind nicht spezifisch genug, um mit den Herausforderungen des Rechtspopulismus umzugehen.

Wenn rechtspopulistische Akteure Kritik gegenüber dem Journalismus formulieren, dann nicht nur aus ihrem traditionalistischen und ausgrenzenden Weltbild heraus. Vielmehr werden Vorwürfe oft gar nicht inhaltlich formuliert, sondern Normen des Journalismus gegen diesen gewendet (vgl. Krämer 2018): Die Berichterstattung sei unausgewogen, wenn rechtspopulistische Standpunkte nicht ausreichend zur Sprache kommen; sie

sei unvollständig oder gar unwahrheitsgemäß, wenn (scheinbar) mit Zuwanderung verbundene Probleme nicht oder nicht ausführlich genug thematisiert werden (z. B. die Herkunft von Straftätern) und sie sei deshalb ideologisch gefärbt und damit nicht objektiv. Dies führt zu dem Dilemma, dass man augenscheinlich entweder der rechtspopulistischen Kritik nachgeben müsse, um professionellen Journalismus zu betreiben, oder gewisse professionelle Normen aufgeben, um den Rechtspopulismus nicht zu befördern. Das rechtspopulistische Lager kann dann den Journalismus also nicht nur mit Provokationen von hohem Nachrichtenwert steuern, sondern auch mit Verweis auf seine eigenen Regeln vor sich hertreiben und Berichterstattung einfordern, die dem rechtspopulistischen Lager nützt. Dies betrifft u. a. die folgenden journalistischen Normen:

Ausgewogenheit: Zunächst sind Normen der Ausgewogenheit uneindeutig, wenn sie nur auf eine konventionelle, aber keineswegs alternativlose Definition der *Seiten* hinauslaufen, die gleichberechtigt zu Wort kommen sollen (z. B. Regierung vs.

Ausgewogenheit muss durch eine systematische Sammlung von Standpunkten und möglicher Betroffener hergestellt werden.

Opposition, pro vs. contra in Bezug auf eine dichotome Problemstellung). Wie oben erläutert kann der Journalismus durch seine Definition der *Seiten* einer Kontroverse eine rechtspopulistische Partei zur alleinigen Vertretung eines Lagers erheben – oder eben ein

viel breiteres Spektrum an Perspektiven politischer Akteure, Betroffener, zivilgesellschaftlicher Gruppierungen, Expert_innen usw. einbringen. Wenn eine solche Definition von *Seiten* aber nicht alternativlos ist, dann muss *Ausgewogenheit* immer wieder themenspezifisch durch eine systematische Sammlung von Standpunkten und möglicher Betroffener hergestellt werden. Gleichzeitig muss beantwortet werden, welche Äußerungen noch legitim sind und welche den Rahmen einer gegenseitigen Achtung und der Bereitschaft zur Perspektivübernahme orientierten Diskurses sprengen, so dass sie nicht oder nur in besonders bearbeiteter oder eingebetteter Weise vom Journalismus weiterverbreitet werden sollten. Hierzu schweigen die traditionell stark an der Disziplinierung des Sensationalismus und der Kommerzialisierung orientierten Regelwerke und Diskurse der Medienselbstkontrolle und -ethik bisher.

Wahrhaftigkeit: Selbst die Forderung nach Vollständigkeit und Wahrhaftigkeit im Journalismus ist nicht ganz eindeutig. So

kann man Behauptungen rechtspopulistischer Akteure *wahrheitsgemäß* wiedergeben, selbst wenn man sie selbst für unwahr hält – oder zu ihrem tatsächlichen Wahrheitsgehalt Stellung nehmen. Die Diskussionen um *False Balance* als Gefahr (z. B. wenn vonseiten des Rechtspopulismus der Klimawandel ge-
legnet wird) und *Fact Checking* als scheinbar neu entdecktes Gegenmittel (u. a. gegen Falschbehauptungen von rechtspopulistischer Seite) können leicht vergessen lassen, dass sich Journalismus in anderen Bereichen ganz selbstverständlich schon immer eine bestimmte Beschreibung der Realität zu eigen macht (z. B. Polizeimeldungen oder wissenschaftliche Befunde übernimmt oder in kommentierenden Beiträgen gewisse soziale Trends konstatiert).

Wertneutralität: Objektivität im Sinne von Werturteilsfreiheit stößt an ihre Grenzen, wenn Sachverhalte mit gewissen Ausdrücken zwar präzise beschreib- und benennbar sind, aber aus Sicht eines freiheitlichen und egalitären Weltbildes einer bestimmten Wertung unterliegen. Wendet man eine ausreichend genaue Definition an, so kann man feststellen, ob gemäß dieser Begriffsbestimmung etwas z. B. rassistisch, antisemitisch usw. ist. Soll man nun davon absehen oder zu verharmlosenden Ausdrücken oder Kunstwörtern greifen, weil andernfalls eine moralische bzw. ethische Verurteilung ausgedrückt würde und die Berichterstattung durch ein bestimmtes Weltbild gefärbt wäre?

Der Journalismus kann auf die rechtspopulistische Kritik also nicht einfach antworten, indem er auf eine eindeutige, *richtige* Anwendung der Normen verweist, welche niemanden – und damit auch nicht die rechtspopulistische Seite – bevorzuge oder benachteilige. Journalistische Praxis ist immer ein Beitrag zur Realitätskonstruktion und oft ist diese performativ wirksam, indem sie herstellt, was sie beschreibt – ganz gleich, für welche Beschreibung man sich entscheidet. Journalistische Normen sind dann keineswegs nur folgenlose neutrale Regeln. Außerdem sind sie nicht so spezifisch, dass sie die Praxis anleiten könnten, sondern es bedarf impliziter Wissensbestände.

Man wird vielleicht einwenden, dass die Reflexion all dieser Problemstellungen den Journalismus überfordern würde. Aber auch wenn Routinen Komplexität reduzieren, könnten sie sich dahingehend wandeln, die genannten Entscheidungen weiterhin effizient, auf Grundlage anderer vernünftiger Normen zu

Journalistische Praxis ist immer ein Beitrag zur Realitätskonstruktion und oft ist diese performativ wirksam, indem sie herstellt, was sie beschreibt.

treffen. Deshalb sollen abschließend einige normative Handlungsempfehlungen genannt werden, welche auf die beschriebenen Probleme reagieren.

3. Der Journalismus kommt um mühsame Begriffsarbeit nicht herum und muss die Versorgung mit Argumenten und Weltbildern sichern.

Es gilt, geeignete Begriffe zu schaffen, die zum Verständnis sowohl des rechtspopulistischen als auch dazu alternativer Weltbilder beitragen.

Commitments und Begriffe: Statt nur kleinteilige Faktenchecks von Behauptungen politischer Akteure als journalistische Er rungenschaft zu feiern, sollte Journalismus möglichst von vornherein Aussagen zum gesellschaftlichen Geschehen überprüfen und dadurch von sich aus zu den weitestgehenden noch vertretbaren Commitments über deren Wahrheitsgehalt gelangen. Denn im Gegensatz zu den meisten Rezipierenden hat er die organisationalen Ressourcen und Netzwerke zu ihrer Prüfung (oder sollte sie haben). Das Kleinteilige ist zwar der wesentliche journalistische Modus, doch bedarf es auch einer Einordnung in ein Gesamtbild – die rechtspopulistische Seite leistet das: Wenn sie Flucht und Migration als Teil einer Verschwörung zum „großen Austausch“ oder als „Invasion“ beschreibt, so muss der Journalismus zum einen verständlich machen, wie in einem solchen Weltbild eben die vielbeklagten Fake News, alternativen Fakten usw. als wahr erscheinen. Zum anderen muss zusätzlich zur Widerlegung einzelner Falschbehauptungen deutlich werden, wie z. B. das Gesamtbild der Flucht- und Migrationsbewegungen mit ihren Ursachen und Folgen tatsächlich aussieht. Hier gilt es also geeignete Begriffe zu nutzen oder zu schaffen, die zum Verständnis sowohl des rechtspopulistischen als auch dazu alternativer Weltbilder beitragen.

Struktur von Diskursen: Der Rechtspopulismus *entlarvt* sich nur für jene von selbst, die ihm ohnehin nicht nahestehen. Dabei mangelt es nicht an kritischen Meinungsäußerungen gegenüber dem Rechtspopulismus. Der Journalismus versorgt uns ganz gut mit Informationen und Meinungen – aber verkündet er in kommentierenden Beiträgen nur politische Standpunkte oder liefert er auch zuverlässig bestmögliche Argumente dafür? Oder grundsätzlicher: Welche Art von Diskurs will man führen und was sind die geeigneten Formate dafür? Die vorherrschenden Modi, in denen Meinungs-austausch inszeniert wird, sind wohl

der Kommentar, die direkte Konfrontation im Interview und die nach Proporz besetzten Podien der Talkshows. Der unmittelbare Schlagabtausch sollte jedoch nicht als der vornehmste Modus der politischen Auseinandersetzung verklärt werden. Die Art, wie entsprechende Formate in der Regel strukturiert sind, schafft Anreize, nach einzelnen symbolischen Punktgewinnen zu streben. Hit-and-Run-Strategien, Machtdemonstrationen durch rhetorische Siege und das Streben nach Normalisierung der eigenen Positionen sind ein Teil der rechtspopulistischen Kommunikationsstrategien. Auch wenn Schlagfertigkeit sicher eine wünschenswerte Fähigkeit in Interviews und Diskussionen mit rechtspopulistischen Akteuren ist, kann die Antwort deshalb nicht alleine darin bestehen, gegen sie rhetorische Siege zu erringen.

Insgesamt lässt sich ein normativ wünschenswerter Diskurs auch nicht auf die Forderung reduzieren, *alle* (gemeint ist: eine nach Proporz besetzte Runde, einschließlich rechtspopulistischer Parteien, sofern ihr Stimmenanteil einmal ausreichend groß geworden ist) müssten *miteinander reden* oder würden reihum interviewt. Die Zugangschancen zu dieser Form von Öffentlichkeit sind von vornherein höchst ungleich verteilt und die Aufnahme in einen solchen Kreis signalisiert Legitimität einer Position ungeachtet des tatsächlichen Beitrags zur öffentlichen Auseinandersetzung. Die grundlegendere Frage lautet: Wann braucht man eine direkte Diskussion verschiedener Beteiligter, wann ein ausführliches Interview mit einer Person, wann ein gemeinsames Nachdenken von Akteuren mit ähnlichen Ansichten, wann eine für sich alleine stehende gründliche Auseinandersetzung mit der Position anderer? Was kann ein Beitrag zu einem vernünftigen öffentlichen Diskurs sein und wie müsste dieser strukturiert sein – hinsichtlich des Zugangs und der Kommunikation?

Bezogen auf den Rechtspopulismus kann weder jede Kommunikation verweigert werden, noch sollte man umgekehrt zulassen, dass Diskurse beliebig ausgenutzt werden können. Aus diskurstheoretischer Sicht ist zwischen legitimen und normwidrigen Beiträgen zu Diskursen zu unterscheiden. Beiträge, welche Menschen in ausgrenzender und diskriminierender Weise nur als problematische Objekte von Politik, nicht als Personen mit potentiell legitimen Geltungsansprüchen behandeln, instrumentalisieren Diskurse in selbstwidersprüchlicher Weise, indem sie in Anspruch nehmen, was man anderen nicht

Bezogen auf den Rechtspopulismus kann weder jede Kommunikation verweigert werden, noch sollten Diskurse beliebig ausgenutzt werden können.

gewähren will. Solche Äußerungen müssen zurückgewiesen und Handlungen sanktioniert werden, welche darauf abzielen, andere einzuschüchtern oder anderweitig von einer gleichberechtigten Teilnahme abzuhalten (oder die gar menschenunwürdige Behandlung bis hin zur Gewalt legitimieren). Akteure, die nur bestimmte Reaktionen anderer provozieren oder anderweitig nach Dominanz streben, instrumentalisieren Diskurse statt mit einer authentischen Bereitschaft zur Perspektivübernahme und zur Begründung eigener Standpunkte teilzunehmen.

Ein wünschenswerter Diskurs sollte nicht nur den etablierten Schemata für politische Lager folgen oder sich an der Lautstärke etablierter Akteure orientieren. Vielmehr sollte er Kommunikation ermöglichen, bei der begründbare Standpunkte ungeachtet ihrer Herkunft eine realistische Überzeugungschance haben. Entsprechend muss man sich immer wieder neu fragen, wessen Interessen bei einem Thema berührt sind und welche sonst auch weniger sichtbaren Akteure zu einem Diskurs sinnvoll beitragen können. Dies verlangt, die oben angedeutete ethnozentrische und überhaupt eine im weiten Sinne auf Eliten und insbesondere die institutionalisierte Politik zentrierte Perspektive immer wieder in Frage zu stellen.

Weltbilder: Zugleich wird aber in neurechten Publikationen und Akademien theoretisch aufgerüstet (und medial präsente Intellektuelle adeln manches Element des rechtspopulistischen Weltbildes, indem sie es in die Feuilletons tragen, vgl. Müller 2016). Reagiert man nur auf die rhetorischen und theoretischen Strategien, überlässt man es rechtspopulistischen Akteuren, die Themen zu setzen und die Probleme zu framen, und diskutiert nach ihren Regeln. Deshalb müssen sich der Journalismus und andere zum öffentlichen Diskurs Beitragende darauf verständigen, souverän (zu selbst gewählten Zeiten, an eigenen Orten, in den eigenen angemessenen Begriffen usw.) eigene Welt- und Gesellschaftsbilder und verschiedene Vorstellungen des guten Lebens zu präsentieren. Gesellschafts- und Gerechtigkeitstheorien können hier Elemente alternativer Diskurse und Weltbilder liefern. Wie bereits erwähnt lässt sich die Gesellschaft anders beschreiben denn als Geschehen in nationalen Behältnissen ethnisch und kulturell homogenen Inhalts, nämlich als funktional und nach sozialer Lage und Lebensweise differenzierte Weltgesellschaft, in der Grenzen und Nationen ein kontingentes

Gesellschafts- und Gerechtigkeitstheorien können Elemente alternativer Diskurse und Weltbilder liefern.

soziales Faktum unter anderen darstellen, welche Ungleichheiten reproduzieren. Darauf aufbauend kann man teils mittels des Gedankenexperiments des Rawls'schen Schleiers des Nichtwissens, teils mittels Empathie und Perspektivübernahme reflektieren, dass man durch die Zufälle der Geburt und des Lebens in die eigene Lage gelangt ist und wie sich jene Gesellschaft aus der Sicht anderer gestaltet, die in einer anderen Position gelandet sind. Eine solche Betrachtung lässt sich sowohl abstrakt-argumentativ als auch anekdotisch plausibel machen.

In einer Gesellschaft wiederum, die sich derart reflektiert und nach Gerechtigkeit strebt, muss man nicht befürchten, unter die Räder zu kommen und als Mitglied einer bestimmten Gruppe gegen eine andere ausgespielt zu werden (etwa als Einheimische gegen Zugewanderte). Wenn man sich einem Konkurrenz- und Abstiegskampf ausgesetzt sieht, muss man sich trotzdem nicht von anderen entsolidarisieren.

Abwehr gegen Abwehrstrategien: Zuletzt sollte der Journalismus auch im Tagesgeschäft die Abwehrstrategien des Rechtspopulismus erläutern, nämlich wie er sich der Kritik entzieht und – wie oben gezeigt – gleichzeitig Druck auf andere, z. B. im Journalismus, ausübt. Gängige Abwehrstrategien beruhen z. B. auf der Unterstellung, dass Diskriminierung auf eine absichtsvolle und offene Abwertung und Benachteiligung zu reduzieren sei, statt latente Vorurteile, ungerechtfertigte Pauschalisierungen, doppelte Standards und strukturelle Benachteiligung anzuerkennen. Es wird unterstellt, dass alleine die Absicht von Sprechenden die Bedeutung einer Äußerung festlegt, also etwas nicht diskriminierend ist, wenn es nicht so gemeint ist. So kann man sich als Opfer inszenieren, wenn andere Labels wie sexistisch, Nazi usw. verwenden, zumal wenn man deren Verwendung als beliebig darstellen kann. Also sollte man einen klaren Begriff von Rechtspopulismus und -extremismus oder -radikalismus, von Rassismus, Antisemitismus, Sexismus etc. pflegen und die Verwendung solcher Beschreibungen begründen können, selbst wenn von rechtspopulistischer Seite abgestritten wird, dass sie zutreffen.

Man sollte einen klaren Begriff von Rechtspopulismus etc. pflegen und die Verwendung solcher Beschreibungen begründen.

Wenn rechtspopulistische Akteure auf strategische Doppeldeutigkeiten setzen, um sich der Kritik zu entziehen, so muss ein Diskurs dazu beitragen, verschiedene mögliche Deutungen systematisch zu identifizieren, den sachlichen Gehalt und die

Implikationen der Aussagen freizulegen (wenn nötig durch beharrliche Nachfragen) und zugleich diese Strategien wie auch andere Arten der Instrumentalisierung von Diskursen (durch Provokationen, Exklusionsversuche etc.) thematisieren.

Diese Vorschläge begründen im eigentlichen Sinne keine spezielle Behandlung rechtspopulistischer Akteure. Die gleiche Art von Diskurs wäre auch mit anderen politischen Akteuren anzustreben; sie müssen sich an den gleichen Standards messen lassen. Es handelt sich lediglich um mögliche professionelle Normen und Strategien gegen eine Instrumentalisierung oder Sabotage demokratischer Prozesse durch Äußerungen und Handlungen, welche den Grundlagen dieser demokratischen Prozesse selbst zuwiderlaufen und/oder Mitmenschen Unrecht und Leid zufügen.

Literatur

- Art, David (2007): *Reacting to the Radical Right. Lessons from Germany and Austria*. In: *Party Politics*, 13. Jg., H.3, S. 331-349, DOI:10.1177/1354068807075939.
- Fleras, Augie (2016): *Theorizing Minority Misrepresentations. Reframing Mainstream Newsmedia as if White Ethnic Media*. In: Ruhmann, Georg/Shooman, Yasemin/Widmann, Peter (Hg.): *Media and Minorities. Questions on Representation from an International Perspective*. Göttingen, S. 21-38.
- Koopmans, Ruud/Muis, Jasper (2009): *The Rise of Right-Wing Populist Pim Fortuyn in the Netherlands: A Discursive Opportunity Approach*. *European Journal of Political Research*, 48. Jg., H. 5, S. 642-664, DOI: 10.1111/j.1475-6765.2009.00846.x.
- Krämer, Benjamin (2014): *Media Populism: A Conceptual Clarification and Some Theses on its Effects*. *Communication Theory*, 24. Jg., H.1, S. 42-60, DOI:10.1111/comt.12029.
- Krämer, Benjamin (2017): *Populist and Non-Populist Media: Their Paradoxical Role in the Development and Diffusion of a Right-Wing Ideology*. In: Heinisch, Reinhard C./Holtz-Bacha, Christina/Mazzoleni Oscar (Hg.): *Political Populism. A Handbook*. Baden-Baden, S. 405-420.
- Krämer, Benjamin (2018): *How Journalism Responds to Right-Wing Populist Criticism. The "Lying Press" Attack and the "No Censorship" or "No Ammunition" Defence*. In: Otto, Kim/Köhler, Andreas (Hg.): *Trust in Media and Journalism. Empirical Perspectives on Ethics, Norms, Impacts and Populism in Europe*. Wiesbaden, S. 137-154.
- Müller, Jan-Werner (2016): *Behind the New German Right*. <http://www.nybooks.com/daily/2016/04/14/behind-new-german-right-afd/> (zuletzt aufgerufen am 19.3.2018).